

**Haushalt der Stadt Künzelsau verabschiedet:**

## **Von der bemerkenswerten Wortschöpfung „Starkregenerisikomanagement“ bis zum Untergang des Krankenhauses und der Gesundheitsversorgung**

**Stellungnahme der „Unabhängigen Bürger Künzelsau“ (UBK) im Gemeinderat**

**Vorgetragen von Boris d'Angelo, Fraktionsvorsitzender der UBK**

Alle Jahre wieder praktiziert der Gemeinderat das gleiche Ritual: Die Haushaltsreden. Da wird viel wiederholt, was ohnehin bekannt ist: Zahlen aus dem dicken Buch des Haushalts, Projekte der Vergangenheit, meist verbunden mit großem Lob für die Akteure der Verwaltung, und natürlich ein Blick in die Zukunft, sprich auf Ziele, für die der Finanzplan das nötige Geld vorsieht. In dieser Hinsicht ist der Etat für das kommende Jahr eher engmaschig gestrickt. Keine teuren Prestigeobjekte, statt dessen Fortführung von avisierten sowie bereits laufenden Maßnahmen wie z.B. die Ortskernsanierung nebst Dorfgemeinschaftshaus in Nagelsberg, die Erneuerung verschiedener Straßen sowie der Hochwasserschutz. Das sogenannte „Starkregenerisikomanagement“ ist eine bemerkenswerte Wortschöpfung von Experten, die hoffentlich nicht den Glauben erzeugt, man könne Überflutungsgefahren durch immer neue Bestandsaufnahmen und bunte Pläne bannen. Es muß vielmehr gehandelt werden und zwar bald. Auf Künzelsau mit seinen engen Taleinschnitten bezogen heißt das: In den Höhenlagen müssen ausreichend Rückhaltungsmöglichkeiten geschaffen werden, um die dortigen Ortschaften und in Folge die Siedlungen im Tal ausreichend zu schützen. Das letzte sogenannte Jahrhunderthochwasser war 2016. Aber es steht zu befürchten, das Jahrhundert könnte bald vorbei sein und die nächste Flut kommen.

Der Neubau des Kinderhauses ist mit vier Millionen Euro der größte Brocken auf der Investitionsliste. Dieses Projekt wurde bereits vor Jahren geplant, dann aber mangels Geld zurückgestellt. Jetzt ist es einigermaßen überraschend wieder aufgetaucht. Ob das Konzept der Zentralisierung in der Kernstadt das richtige ist oder die Kinder wohnortnah besser betreut werden können, wird wohl in nächster Zeit für abendfüllende Diskussionen im Gemeinderat sorgen. Verbunden damit ist die allgegenwärtige Frage, wo wir zukünftig Infrastruktur schaffen und bewahren wollen. Sollen unsere Ortschaften möglichst viel Eigenleben behalten oder schreitet die Konzentration voran?

Bezüglich der Gesundheitsversorgung ist diese Frage in Künzelsau bereits beantwortet. Unser Krankenhaus ist geschlossen und es ist trotz vollmundiger Ankündigungen und Versprechen kein adäquater Ersatz in Sicht, um der Bevölkerung eine vernünftige Behandlungsmöglichkeit vor Ort zu garantieren. Hier hat eine verfehlte, rein auf Konzentration und Kommerz abzielende Gesundheitspolitik zugeschlagen und natürlich auch

der Jahrzehnte alte Konkurrenzstreit mit den Öhringer Nachbarn. Der mangelnde Einsatz der Kreisräte aus dem Kochertal für das hiesige Krankenhaus hat den Untergang beschleunigt.

Schon in früheren Haushaltsansprachen habe ich die Gesundheitsversorgung als wichtigstes Gut eines sozialen Gemeinwesens hervorgehoben. Spätestens seit Corona müßte es sich herumgesprochen haben, daß dem tatsächlich so ist. Dennoch gewinnt man den Eindruck, die Brisanz des Krankenhaus-Verlusts ist noch nicht in ausreichendem Maße erkannt worden. Die Bemühungen des Bürgermeisters um eine Nachnutzung bewerten wir zwar grundsätzlich positiv. Es muß aber weit mehr unternommen werden, möglicherweise mit geeigneteren Mitteln. Ein Blick auf Städte, in denen ein Krankenhaus geschlossen wurde, zeigt die Dringlichkeit auf. Dort hat die allgemeine Gesundheitsversorgung stark gelitten und in Folge auch die Attraktivität der Kommunen insgesamt. Sollte es in Künzelsau soweit kommen, was sich hoffentlich vermeiden läßt, dann wären auch solch schöne Prädikate wie „Fair Trade“, „Gründerfreundlich“ ebenso wie eine Strategie 2030 kaum geeignet, einem möglichen Abwärtstrend wirksam entgegenzusteuern.

Soweit einige Betrachtungen zum Haushalt 2021, der, wie eingangs erwähnt, auf der Ausgabenseite recht unspektakulär und durchaus solide aufgestellt ist. Erhebt sich die Gretchenfrage: Was passiert, wenn die Einnahmen nicht wie geplant sprudeln? Bei den Hiobsbotschaften zur Wirtschaftslage, die uns andauernd über die Medien erreichen, sind Zweifel durchaus angebracht. Landen tatsächlich 20 Mio. an Gewerbesteuer in der Kasse? Kommen die Anteile an Einkommen- und Umsatzsteuer, die immerhin ein Viertel der Erträge im Ergebnishaushalt ausmachen, in vollem Umfang? In dieser Hinsicht hat die Verwaltung offenbar wenig Sorgen. Ein neuer Umlageschlüssel könnte Künzelsau begünstigen und tendenziell höhere Umlagen erzeugen, lautet eine Erklärung. Auch die Prognosen bei der Haupteinnahmequelle Gewerbesteuer seien gut. Eine durchaus beruhigende Auskunft kam eher nebenbei. In diesem Jahr können möglicherweise bis zu 8 Mio. Euro mehr an Gewerbesteuer verbucht werden als veranschlagt. Ein stattliches Reservepolster wäre also vorhanden. Vor diesem Hintergrund vertrauen wir mal auf das Zahlenwerk und stimmen dem Haushaltsplan zu, trotz unserer Bedenken hinsichtlich verschiedener Ausgaben, insbesondere der Personalkosten. Diese kennen nur eine Richtung: steil aufwärts. Seit 2010 haben sie sich fast verdoppelt und schießen seit 2018 überproportional nach oben. Soll das so weitergehen?

Die gleiche Frage stellt sich bei der Verschuldung, die um weitere 4 Mio. Euro steigt. Sie beträgt dann das Doppelte des Landesdurchschnitts und ist mit über 50 Mio. viel zu hoch. Das betrifft die Wirtschaftspläne der KÜN-Werke, die wir als eine Art Verschiebebahnhof in Sachen Verschuldung betrachten. Denn der sogenannte Kernhaushalt muß schuldenfrei sein, koste es was es wolle. Daher werden kostenintensive Aufgaben den KÜN-Werken zugeordnet, wie z.B. Erschließung und Wohnbau, die andere Kommunen innerhalb ihres Haushalts abwickeln. Wegen der steigenden Verschuldung und fehlender Auskünfte zu einem gravierenden Fall haben wir in der Vergangenheit die Wirtschaftspläne der KÜN-Werke abgelehnt. Es gäbe durchaus Gründe, weiterhin so zu verfahren. Wir wollen aber

Herrn Walter als neuem Kämmerer einen Vertrauensvorschuß geben und stimmen diesmal den Wirtschaftsplänen zu in der Hoffnung, daß unsere Vorstellungen zur Konsolidierung des Haushalts in Zukunft mehr beachtet werden als bisher.